

Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre und solche, die es lieber nicht werden wollen.

Ausgabe August 2011



Der Fluch aus Brandenburg

Pflegefall DJV - schachmatt?

Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre und solche, die es lieber nicht werden wollen.

Ausgabe August 2011

DJV-KRISE

Keine Satzung, kein Vorstand, kein DJV

Mit Selbstherrlichkeit und Dummheit in die Handlungsunfähigkeit

Bei der öffentlichen Sitzung der 18. Zivilkammer im Saal 208 des Landgerichts Berlin am 1. Juni 2011 um 14.00 Uhr erschien - niemand. Da verkündete Richterin Werner das Urteil in der Sache 18 O 532/09 halt sich selbst: „Es wird festgestellt, dass die vom Verbandstag 2009 gefaßten Beschlüsse unwirksam sind, insbesondere die Beschlüsse zur Wahl des Bundesvorstands (...).“



Landgericht Berlin: DJV's Stalingrad

Aus den Urteilsgründen geht hervor, was der fatale Fehler war: Wie vom Kläger Brandenburg behauptet, sind Mitglieder des DJV nicht nur siebzehn Landesverbände, sondern zusätzlich rund 16.000 natürliche Personen. Die hätten geladen werden müssen, waren es aber nicht. Das Ergebnis: „Verbandstag 2009 geschreddert“, wie DJV-Quälgeist Burkhard Schröder auf der Internet-Seite „Burks.de“ auftrumpfte.

Gerade einmal zwei Wochen später, am 14. Juni 2011, schrieb Rechtspflegerin Herrmann vom Vereins-

register des Amtsgerichts Charlottenburg an den eingetragenen Verein „Deutscher Journalisten-Verband e.V.“: „In Folge der Auffassung des Landgerichts Berlin muß nun zur Rücknahme der Anmeldung vom 21.11.2009 (...) aufgefordert werden, ansonsten zurückzuweisen ist.“

Erfolgreicher Kläger vor dem Landgericht Berlin ist der DJV-Landesverband Brandenburg. Den - und den Landesverband Berlin - will eine Gruppe linksextremer Gewerkschafts-Stalinisten eigentlich seit sieben Jahren rauswerfen und in den Ruin treiben, erreicht aber offenbar das Gegenteil.



Brandenburgs Klage, DJV-Satzung: Doppelte Lähmung

Schließlich sollte die neue Satzung das erreichen, was Ausschluß-Beschlüsse, Gerichtsverfahren und Insolvenzanträge nicht geschafft hatten - die Vernichtung. Da wollten bei der Frage, wie der Todesstreich zu führen sei, die Henker lieber unter

sich bleiben. Berufsheimnisträger, sozusagen.



Agitprop-Redner Geibel (links außen): Brandenburg wieder rauswerfen!

Gleich nach Klageerhebung hatte Brandenburgs Lieblingsfeind Karl „Der kleine Stalin“ Geibel, von 1986 bis 2010 streng volksdemokratisch „gewählter“ Alleinherrscher des Landesvereins Baden-Württemberg, bedeutungsschwanger das Wort ergriffen. Man müsse es, so der retirierte Arbeiterführer und SPD-Wahlkämpfer in Deutsch-Südwest, es wieder so machen wie anno 2004, als Geibel zu den „Legal, illegal, scheinbegeal“-Trommelbuben gehörte, die im vereinsmeierischen Machtrausch „mal eben“ zwei komplette Landesverbände - Berlin und Brandenburg - mit rund 5.000 zahlenden Mitglieder ausschlossen und damit furios gerichtlich scheiterten. Denn daß die Opfer ihrer Willkür sich wehren könnten, hatten die „Pygmäen vom Politbüro“ (Conen) in ihrer „kognitiven Selbstgenügsamkeit“ nicht vorgesehen.

Brandenburgs Vorsitzender Hans Werner Conen hatte das folgenreiche Urteil schon weit früher erwartet: „In der mündlichen Verhandlung im Oktober 2010 war die Entscheidung des Gerichts schon klar. Was sich der nervige Sektenprediger des DJV dann noch an Verschleppung und Verwirrung hat einfallen lassen, war ärgerlich, aber eben auch entlarvend.“. Tatsächlich zeigte sich im Verfahren der DJV als um keine noch so absurde Lüge verlegen. Doch keine verding.

Es begann mit der bizarren Behauptung des nicht als Geistesriese bekannten Konken, sein Verband habe gar keine natürlichen Mitglieder und könne deshalb auch keine einladen. Als Brandenburg Dutzende von Dokumenten des Lügen-DJV präsentierte, in denen sogar der Streit um die Beteiligung natürlicher Personen vorhergesehen und deshalb zur Satzungsänderung geraten wurde, erwiderte der Verband, es sei egal, was er selbst geschrieben habe.

Diese und weitere Absurditäten verfehlten ganz offenbar ihren Eindruck auf das Gericht nicht. Brandenburgs Vize Klaus Minhardt: „Manches vom DJV war durchaus hilfreich für uns. Solche Gegner machen Spaß.“

Was tun?, fragt sich jetzt die verunsicherte Nomenklatura des letzten realsozialistischen Journalistenverbands auf deutschem Boden. „Schutzpatron Lenin“, ätzt Gewinner Conen, „empfiehlt Kalaschnikow und Gulag“ - doch woher nehmen?

So hat Sektenprediger Roger Schwarz, der beim DJV den Anwalt gibt, erst einmal fristwährend Berufung beim Kammergericht eingelegt. Was allerdings das Berufungsgericht angesichts des klaren Sachverhalts, dessen sich der DJV auch noch ausdrücklich berühmt, anders entscheiden soll, erhellt sich erst einmal nicht. Schließlich beruht die Erkenntnis, daß es die 16.000 unmittelbaren Mitglieder wirklich gibt, auf

einem unanfechtbaren Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Januar 2007. Beschwerdeführer war der DJV, vertreten durch den entscheidungsschwachen Spesenritter Konken.



**Spesenritter Michael Konken:
Lügen für die Pfründe**

Nun ist das Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg am Zuge. Am 14. Juni 2011 hat die dortige Rechtspflegerin schon einmal dem DJV geschrieben, er solle die Anmeldung seiner Vorstandsmitglieder zurückziehen, „ansonsten zurückzuweisen ist“. Das betrifft auch den Satzungsbeschluß der bizarren „Sonder-Mitgliedersammlung“ vom November 2010 in Essen.

Besonders brisant ist Ziffer 3 der sogenannten Zwischenverfügung des Registergerichts. Dort heißt es: „Der noch im Register eingetragene Vorstand ist nach wie vor befugt, satzungsgemäß zu einer neuen Versammlung (Verbandstag) mit allen erforderlichen Tagesordnungspunkten einzuladen.“ Damit ist zum Schrecken der Kamarilla der Pfründenbesitzer klar, daß Michael „Das Weichei“ Konken nur noch eine Wahlversammlung einberufen darf, aber für die laufenden Geschäfte - wie aktuell Streikaufrufe - kein Mandat mehr hat.

Auch die die tollkühne Idee von Benno „The Loser“ Hemmers alias Pöppelmann, der alte Vorstand sei vielleicht doch noch im Amt, weil die „Neuwahl“ gescheitert sei, hat die Rechtspflegerin gar nicht erst beleuchtet.

Das Fazit ist bitter: Der DJV hat keinen Vorstand. Den braucht aber jeder Verein laut Gesetz.

Weiteres Fazit: Der DJV hat auch keine aktuelle Satzung, denn die Sieger in Brandenburg haben dem „Pilotverfahren“ wegen des Verbandstags 2009 gleich weitere Klagen auf Nichtigkeit sowohl späterer wie früherer Verbandstage und aller dortigen Beschlüsse folgen lassen. Den Eingang hat das Landgericht Berlin schon bestätigt.

Konken ist - vom Tod der Ehefrau gezeichnet - abgetaucht. Die Vorstandsmitglieder Bittner, Gottke und Klaffs wollen nicht mehr weitermachen; sie verlassen das sinkende Schiff. Derweil versucht das selbstreferentielle „Profitcenter“ der Luxus-Funktionäre unter „Reichsverweser“ und Best-Verdiener Döhning, Normalität vorzugaukeln. Das gilt vor allem für die zahlreichen Aufrufe zum Streik der Tageszeitungsredakteure.

Die sorgen sich in von außen schwer auffindbaren Internet-Foren, ob der Streik nicht vielleicht gar kein rechtmäßiger ist, sondern ein „wilder“, also Arbeitsverweigerung mit dem Risiko der Kündigung und des Schadenersatzes. Denn ein Streik ist nur rechtmäßig, wenn eine Gewerkschaft nach satzungsgemäßer Willensbildung dazu aufruft. Das setzt einen wirksam bestellten Vorstand voraus. Daß der DJV einen solchen hat, glaubt inzwischen kaum noch jemand. Und daß das Berufungsverfahren die Wende bringt, auch nicht.

Intern verkündet Kajo „Der Aal“ Döhning längst, daß es nur noch darum gehe, die von den Verlegern geforderten Verschlechterungen ein wenig geringer ausfallen zu lassen und das den Redakteuren als „Erfolg des DJV“ zu verkaufen. Ein ähnlicher Täuschungsversuch endete 2004 mit dem Austritt von rund 50 Aktivisten aus dem DJV.

Ein ungenannt bleiben wollender Landesfürst zupfte jüngst bei einer Sitzung des Gesamtvorstands in Hannover an Conens Ärmel und flüsterte: „Wieviel fordern Sie, damit Sie uns endlich in Ruhe lassen?“ Doch der Brandenburger gab sich staatsmännisch: „Wir kämpfen nicht um Geld und nicht gegen den DJV, wir versuchen die Befreiung des DJV von einer mafiosen linksradikalen Parteibuch-Bande, die sich die Taschen vollstopft und den Journalistenverband als eine Art ‚DDR-light‘ unterwerfen will. Was jetzt geschieht, ist der Fluch der bösen Taten.“

Schurkerei, da läßt der Sieger keinen Zweifel, „ist eine Frage der Intelligenz.“

DJV-ZENSUR

„Die können nur Stasi“

Marion Abramovitsch hatte es gut gemeint. Sie war der Aufforderung von DJV-Hauptsturmführer Propaganda Hendrik Zörner, früher erfolgloser Trommler für die SPD, gefolgt und hatte einen Kommentar zur Internet-Meldung über die Streik-Urabstimmung in Bayern verfaßt.

Darin teilte die Journalistin den „lieben Kollegen“ mit, das Landgericht Berlin habe die aktuelle Vorstandswahl des DJV für unwirksam erklärt. Und das Vereinsregister habe darauf die Eintragung der sich „Bundesvorstand“ nennenden Personen um Michael „Das Weichei“ Konken abgelehnt und sei nun dabei, auch die noch bestehenden Eintragungen zu löschen. Deshalb, so Abramovitsch, könne der DJV nicht zum Streik aufrufen. Werde dennoch gestreikt, liege ein „wilder“ Streik vor - mit üblen Folgen bis zur fristlosen Kündigung und möglichen hohen Schadenersatzforderungen der

Verleger. Denn ein „wilder“ Streik, so Abramovitsch, sei rechtlich Arbeitsverweigerung. „Informiert Euch!“, forderte die bekannte Journalistin ihre Kollegen auf.

Zwar tauchte die Nachricht wie erwartet auf der DJV-Seite mit der Meldung über die Einleitung der Streik-Urabstimmung in Bayern unter „Kommentare“ auf. Doch wenige Minuten später verschwand sie ohne Erklärung wieder - als wäre sie nie dagewesen.

„Die können nur Stasi“, kommentierte Brandenburgs Rechtsberater Gideon Rosenberg die offensichtliche Zensur durch Konkens willige Vollstrecker. Denn über ein paar Minuten kommen nur Online- „Kommentare“ hinaus, die die unentwegten Siegesmeldungen des schon als Propagandist der früheren niedersächsischen SPD-Landesregierung gescheiterten Lautsprechers Zörner bejubeln wie einst Leserbriefe im „Neuen Deutschland“ die Weisheit der Partei, die „immer recht“ hatte.

Der DJV, der Mitgliedern und Öffentlichkeit vorzumachen versucht, ein Hort der Meinungsfreiheit zu sein, macht es in Wahrheit nicht anders als bedrängte Diktaturen. Kettenraucher Zörner, ein Verfechter der „Propaganda mit dem Holzhammer“, eliminiert alles aus dem Erscheinungsbild, was den Eindruck von „Einmütigkeit“ stören könnte. „Einen Journalistenverband, in dem alle einig sind und geschlossen für alles eintreten, was der Führer befiehlt, gibt es nicht“, meint Brandenburgs Vorsitzender Conen dazu, „Einmütigkeit ist die klassische Propagandalüge der Diktatoren.“

Damit nicht aus Versehen doch einmal ein freies Wort durchrutscht, hat der „Sprecher“ die Möglichkeit des Kommentierens seiner Meldungen stark eingeschränkt: Bei Verdacht auf Widerspruch ist Kritik nicht mehr möglich, zum Beispiel wenn

der DJV die Verleger zur „Vernunft“ aufruft.

Marion Abramovitsch kann derzeit nicht auf Zörners plumpe Zensur antworten. Sie ist auf Recherchereise in China.

DJV-GEHEIMBUND

Einunddreißig Fragen, keine Antworten

DJV-„Justitiar“ Benno „The Loser“ Hemmers alias „Pöppelmann“ lief rot an und murmelte Unverständliches. Seine bewährte Methode, sich als juristischer Alleswisser auszugeben und so ehrenamtliche Verbandsfunktionäre etwa im Gesamtvorstand zu ehrfurchtsvollem Schweigen zu bringen, machte auf den Vorsitzenden Richter Krause von der fünften Zivilkammer des Landgerichts Berlin schlicht keinen Eindruck. „Sie müssen auf die Fragen des Klägers vernünftige Antworten geben und die zugehörigen Dokumente vorlegen,“ bügelte die Gerichtsperson den arrogant näselnden Funktionär ab.

Da knallte der zwei gut gefüllte Akten-Ordner mit Karacho auf den Richtertisch und rief wütend: „Hier ist alles drin. Suchen Sie sich gefälligst heraus, was Sie wissen wollen!“ Richter Krause würdigte die Ordner und erst recht die schätzungsweise tausend Seiten Inhalt keines Blickes. Trotzdem dürfte der Ausraster der Wahrheitsfindung dienlich gewesen sein.

Auch der Vertreter des DJV-Brandenburg, Rechtsprofessor H. aus M., interessierte sich nicht für den Pöbelmann des DJV und die reiche Papierauswahl, sondern schmunzelte zufrieden: Spätestens nach dem Wutausbruch des Funktionärs durfte sein Mandant, Brandenburgs Hans Werner Conen, das Verfahren 5 O

113/10 für „gelaufen“ halten. So kam es.

Mit Urteil vom 9. Mai 2011 folgte das Landgericht Berlin in sämtlichen einunddreißig Klagepunkten dem DJV-Brandenburg und verurteilte den Konken-Verband zur Auskunft und zur Vorlage zahlreicher Dokumente.

Seither schäumen die Gewerkschafts-Ayatollahs. Eine kleine Auswahl zeigt die Brisanz des Urteils, denn der DJV soll beispielsweise die Verträge mit dem „Journalist“-Verlag Rommerskirchen und die Dienstverträge der luxuriös alimentierten Angestellten vorlegen. Ebenso sind die Protokolle des Bundesvorstands offenzulegen sowie Bankbelege und Steuerbescheide. Auch was Sektenprediger Schwarz als Anwalt des DJV vereinnahmt hat, muß der Verband nachweisen.

Conen gibt sich zufrieden und friedensbereit: „Jetzt hat der DJV Gelegenheit, die Transparenz und Offenheit zu praktizieren, die schon immer von anderen gefordert hat. Wir kommen gern mit unseren Fachleuten in die DJV-Zentrale, um Antworten auf unsere Fragen zu finden.“

Über eine mögliche Berufung des Bundesverbands ist noch nichts bekannt. Schon weil der Bundesgerichtshof (BGH) im Parallellfall eines (Sport-) Dachverbands das Auskunftsrecht als „unbegrenzt“ angesehen hat, sieht man im Brandenburgischen Hauptquartier auch dieser Möglichkeit gelassen entgegen.

DJV-UNTERWANDERUNG

Die geheime Mission der Wiedertäufer

In Würzburg versammelten sich am 17. Januar 2010, einem Sonntag, insgeheim verzweifelte Landesvorsitzende des DJV als „Heilige der

letzten Tage“ und erhofften von ihrem Guru „Michael, dem Einfältigen“ Erleuchtung gegen das Böse aus Brandenburg - vergeblich. In Berlin war derweil der bisher als Rechtsanwalt des DJV aufgetretene Roger Schwarz für 11 Uhr zum „Gottesdienst“ als Missionar und Erweckungs-Prediger eingeteilt, um in einem Hinterhofsaal in der Moabiter Waldstraße ohnehin schon heftig Gläubige zur aggressiv-fanatischen Sekte der „Baptisten“ zu bekehren - ebenfalls vergeblich.

Die Anwaltskanzlei des Roger Schwarz, der auch bei Gericht gern ermüdende Endlos-Predigten für seinen Mandanten DJV hält, hat eine erstaunliche Entwicklung hinter sich. Der „Aufstieg“ begann mit dem Abstieg des DJV.

Dessen am marxistisch-leninistischen Verständnis von „Demokratischem Zentralismus“ orientierter Führungsschicht aus „durchgeknallten Alt-Achtundsechzigern und Stalin-Fans“ hatte im vereinsmeierischen Machtrausch zwei komplette Landesverbände mit über 5.000 zahlenden Mitgliedern aus dem Dachverband ausgeschlossen. Das war am 21. und 22. Juni 2004, als der DJV-Gesamtvorstand in Schwerin zum willigen Vollstrecker quasi-religiöser Exorzisten wie Geibel, Spohr, Ancker, Döhring, aber auch Konken, Engeroff und Hemmers wurde.

Doch was bei Lenin, Mao oder Saddam Hussein kein Problem war, scheiterte beim DJV spektakulär in allen Gerichtsinstanzen - die „stalinistische Säuberung“ (Brandenburgs Conen) ging nach hinten los. Der fatale Fehler: Das Opfer überlebte. Bei „Väterchen“ wär‘ das nicht passiert ...

Nun war guter Rat teuer. Und so suchte und „fand“ das verzweifelte DJV-Politbüro einen „Anwalt, der was kann halt“ - der Aufstieg des Vorstadt-Advokaten aus der (Ost-) Berliner Greifswalder Straße begann.

Heute weiß man: Das war kein Zufall.

Roger Schwarz kommt aus dem Umland der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel. Dort lebte vor Zeiten auch ein gewisser Benno Hemmers, der sich in Tarnung seiner Herkunft gerne nach seiner Ehefrau „Pöppelmann“ nennt und die verräterische Spur in die Kieler Vergangenheit hinter einem obskuren „H.“ versteckt.



Benno Hemmers alias Pöppelmann: Winkeladvokatum vom „Justitiar“

In derselben etwas verschrobenen Gegend, in den Orten Schwentintal und Raisdorf südöstlich von Kiel, ist „Sektenland“. Dort ist der Schwerpunkt einer dubiosen Organisation, die sich „CM-Missio“ nennt und streng abschirmt. Klar ist aber, daß es sich um einen fundamentalistisch-evangelikalen Erweckungs- und Missionsverein fanatischer „Glaubensverbreiter“ nach dem Vorbild religiöser „Drückerkolonnen“ aus den USA handelt, der sich das ostafrikanische Kenia als „Missionsgebiet“ ausgesucht hat.

Vorsitzender des angeblich gottgefälligen Vereins ist - Roger Schwarz. Auch Familienmitglieder des hageren Mannes mit dem fanatischen Blick sind dabei. Die Anschrift der „Gotteskrieger vom Dorf“ ist feudal: Friedrichstraße 171 in Berlin - mitten in der Anwaltskanzlei des DJV-Lautsprechers Schwarz, mit dessen

Telefon- und Fax-Nummer. Wer beim DJV-Anwalt vorspricht, kann sich sofort als allerchristlichster Gottesbote einschreiben.

Besonders populär scheint „CM-Missio“ freilich nicht zu sein. In mehr als vier Jahren brachte es der Schwarz-Club auf rund 770 Clicks im Internet - da kann der Herr Jesus kaum zufrieden mit seinem Bodenpersonal sein. Auch in Afrika hält sich der Siegeszug der dubiosen Sekte in Grenzen: Von Schwarz mit viel Geld versorgte Schwarze erlagen dem Lockruf Satans - und steckten sich die „Missions-Kohle“ aus Berlin in die eigene Tasche. Da muß wohl „Church planting“, die Kirchengründung in afrikanischen Dörfern, erst einmal verschoben werden.

Anwalts-Missionar Schwarz rettet aber nicht nur Afrika für viel Geld vor dem Schlund der Hölle, er ist auch in Berlin-Moabit unermüdlich im Auftrag des Herrn im Einsatz. In der wegen ihrer Intoleranz und Aggressivität gefährlichen „Baptisten“-Sekte hält der DJV-Anwalt abwechselnd mit dem „Pastor“ an vielen Sonntagen flammende Predigten zur Bekehrung der armen Sünder. Die Neigung dazu, so erklärte er jüngst in der Hinterhof-Idylle, habe er von seinem Großvater aus Königsberg, der schon den Drang verspürte, „Geschichten“ zu erzählen.

Die „Baptisten“ haben sich zwar der Vereinigung evangelischer Freikirchen angeschlossen, doch sind sie dort ein theologischer Fremdkörper. Denn Reformatoren wie Luther, Melanchthon („Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“) oder Calvin („Eine Hexe sollst du nicht am Leben lassen“) kamen Jahrhunderte später und waren längst nicht so fanatisch wie die Gottsucher aus dem 12. Jahrhundert. Dort sind die Wurzeln, in der Zeit der ersten Kreuzzüge bei den radikal fundamentalistischen Sekten der Albigenser und Waldenser. Die zogen später als „Wiedertäufer“ auch im heutigen

Deutschland mit ihrem Absolutheitsanspruch und Massenmorden im Namen ihres Glaubens eine breite Blutspur. Noch heute sind die Käfige der Wiedertäufer am Dom in Münster zu sehen.

Wes Geistes Kind viele „Baptisten“ sind, zeigt ihr jüngstes Vergehen: Eine Sektengruppe entführte in den Wirren nach dem großen Erdbeben in Haiti dreißig kleine Kinder, die an adoptionswillige Sektenmitglieder in den USA regelrecht verkauft werden sollten - um ihre „Seelen zu retten“.

Für seine vielen „guten Taten“ und seine frommen Vereine braucht der stets aufgeregt eifernde Roger Schwarz viel Geld. Und dafür sorgt seit Mitte 2004 auch der DJV. Für dessen „Justitiar“ ist es eine Art „Heiliger Krieg“, bei dem es - ganz nebenbei - auch um sein luxuriös bezahltes Vereinspöstchen geht.



**Sektenprediger Roger Schwarz:
Mission beim DJV**

Benno Hemmers weiß schon, warum er sich lieber „Pöppelmann“ nennt. Denn sein eigentlicher Name führt zu den Gottsuchern in der Fundi-Szene. Der „Justitiar“, dem Sektenwesen im Kieler Umland von Jugend an nahe, erkannte nach der „größten Idiotie des deutschen Verbandswesens“ - dem Massenrauswurf der 5.000 - die Chance für seinen Kumpel Schwarz. Seither hat der als Jurist verkleidete Sektenguru aus Raisdorf bei Kiel zusammen mit dem „Justitiar“, den das gar nicht zu stören scheint, zwar fast alle Prozesse für den DJV verloren, doch als Anwalt an allen bestens verdient. Ein großer Teil der DJV-Zahlungen kam

unverzüglich der „Mission“ des Roger Schwarz und seiner gefährlichen „Baptisten“-Sekte, den modernen Wiedertäufern, zugute.

„Pöppelmanns“ Anliegen ist demnach nicht so sehr, Prozesse zu gewinnen, sondern offenbar vor allem, daß er dem Sektenguru fette Honorare vom DJV-Konto anweisen kann.

Das hindert das frömmelnde Duo nicht, in nach landläufigem Verständnis ganz unchristlicher Weise in Gerichtsverfahren ausgesprochen dreist zu lügen. Wer sich Schwarz' Schriftsätze zu Gemüte führt - und die wahren Tatsachen aus eigenem Erleben kennt -, steht ratlos vor frei Erfundenem und grob Unwahrem. Der Psychologe Konrad Hanauer: „Religiöse und politische Sektierer halten sich für das Gute und deshalb auch die größten Schurkereien für gerechtfertigt. Sie haben kein Unrechtsbewußtsein - heute nicht beim Lügen, früher nicht beim Morden.“

Der fanatische Sekten-Glaube verwirrt selbst den bescheidenen Verstand, der noch da ist. Im jüngsten Gerichtsverfahren wegen der Unwirksamkeit des Verbandstags 2009 verschwieg die Wiedertäufer-Connection einfach, daß über die Rechte der 16.000 direkten Mitglieder längst vom Bundesverfassungsgericht entschieden ist - gegen den DJV. Das Landgericht fiel nicht darauf herein.

„Der Fall Sektenprediger Schwarz gehört zu den streng gehüteten Geheimnissen des DJV, deren genauen finanziellen Umfang wir erst erfahren werden, wenn wir uns die Einsicht in die Buchhaltung gerichtlich erzwungen haben“, kommentiert Brandenburgs Hans Werner Conen die offenbar unseriöse Verquickung des DJV mit gleich zwei obskuren religiösen „Untergrund“-Vereinen.

Es ist erstaunlich, was beispielsweise Landesvorsitzende alles nicht wissen und wohl auch nicht wissen wollen. Für die Mitglieder, die alles bezahlen müssen, wird im DJV das Gerücht

gestreut, Anwalt Schwarz habe man rein zufällig im Branchen-Telefonbuch „Gelbe Seiten“ gefunden.

Mit der „Lizenz zum Lügen“ darf die Nomenklatura des DJV natürlich auch das eigene Fußvolk hinter Licht führen.

„Schließlich sagte der Führer: ‚Ob Recht oder Unrecht, wir müssen siegen. Das ist der einzige Weg. Und er ist recht, moralisch und notwendig. Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode. Wir haben sowieso so viel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze, mit allem, was uns lieb ist, ausradiert werden. Also ans Werk!‘“

Entnommen aus dem Tagebuch von Dr. Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Eintrag vom 16. Juni 1941 (5 Tage vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf die Sowjet-Union).

DJV-GESAMTVORSTAND

Der Rechte aus der Sowjet-Republik

Seit Gerhard „Quisling“ Kothy, mit der Beseitigung des früher für Verbandsstalinisten zu selbstbewußten DJV-Landesverbands Berlin beauftragter Spalter-Hauptmann, sich von Erfolglosigkeit frustriert ins Private zurückgezogen hat, sitzt ein politischer Wendehals dem „Journalisten-Verband Berlin-Brandenburg“ (JVBB) vor. Denn während sich der stramm linke JVBB („Die Sowjet-Republik im DJV“) in seiner Linien-

treue nicht übertreffen läßt, kämpft der neue Führer Alexander „Das Chamäleon“ Fritsch noch mit seiner rechtsradikalen Vergangenheit.

„Alexander Fritsch steht mit beiden Beinen fest im rechten Lager“, jubilierte der Berliner Nationalliberalen-Vormann Alexander von Stahl schon 1998. Die „Junge Freiheit“, von Fritschs heutigen Genossen als „salonfaschistisch“ abqualifiziert, berichtete begeistert über „das politische Naturtalent“.

Eine Weile fest an der Seite des Naturtalents stand Torsten Witt, den DJV-Kader sogar post mortem „rechtsradikal“ nennen. Sie stritten gemeinsam für „Deutschland den Deutschen“. Sie waren so bei der Sache, daß sie sich einmal heftig über das richtige Deutschtum geprügelt haben sollen; die einen sahen Fäuste fliegen, die anderen wollen „Hieb- und Stichwaffen“ bemerkt haben. Fritsch soll die Kampfstätte mit blutender Nase verlassen haben. Witt siegte.

Fritsch schweigt zu alledem. Der politische Wechselbalg hat sich nie von seiner rechtsradikalen Vergangenheit distanziert. Offenbar vertraut der Opportunist darauf, daß einfach zu viele aus der Nomenklatura „Dreck am Stecken“ haben, daß sie zur rechten Vergangenheit des als Journalist nie aufgefallenen Manns aus Berlin lieber schweigen.

Das Recycling des Personals wie auch immer untergegangener Herrschaft hat Tradition in Deutschland. Wer nicht gerade als Massenmörder hervorgetreten war, durfte stets auf Weiterverwendung im nächsten Regime hoffen - Charakter ist kein Eignungsmerkmal.

Brandenburgs Conen findet den neuen „Kollegen“ etwas „degoutant“. Das hat wohl damit zu tun, daß der sonst von linken Sozialisten und angestaubten Kommunisten dominierte DJV sich den fremdelnden Konvertiten ausguckte, um 2007 beim Verbandstag in Saarbrücken den Brandenburger zu neutralisieren. Den Auftrag erledigte Fritsch gern; per-

sönliche Diffamierung kann er noch von Rechtsaußen.

Conen, so der frühere „Chefdenker der Nationalliberalen“, sei „illoyal, unsolidarisch, unkollegial“. Tatsachen erwähnte der „Bonsai-Volkstribun“ (Conen) nicht; so etwas will der gemeine DJV-Scharfrichter nicht hören.



Arbeiterführer Fritsch (mit Plakat): Neuer Stuhlgang

Gleich in der ersten Sitzung des Gesamtvorstands mit dem Landesvorsitzenden Fritsch wurde der Ex-Nationale prompt wieder ausfällig gegen Conen. Der hatte in der Diskussion darauf hingewiesen, daß freiberufliche Journalisten als Unternehmer mit Gewerkschaft nicht viel anfangen können. Da trumpfte Frisch auf, warf Conen „Ahnungslosigkeit“ vor und gab zum Besten, nur wer Angestellte beschäftige, sei Unternehmer. Im Protokoll wurde die Blamage prompt getilgt.

Wie schon damals in Saarbrücken feixte Conen über den „Geistesriesen“, den sich der DJV von den Rechten als „Stimmungskanone“ ausgeliehen habe. Herausgekommen sei aber nur „verbandspolitischer Stuhlgang, der hoffentlich zur Erleichterung geführt hat.“

Ohne Stadl fehlt etwas!

Hat's der Stadl erst erfahren,
wird es noch in fernen Jahren
für uns alle lesbar sein
und für Lügner eine große Pein.
Drum laßt uns fest zum Stadl halten,
auf daß gute Mächte walten!

**Stadl nicht vergessen,
daheim warten sie darauf!**

Die gekränkte Fälscherehre

Für Ulrike „Die Gazelle“ Kaiser, als „Rosa Luxemburg des DJV“ bekannt, war es kein Problem, schon gar kein moralisches: Zuerst hatte sie im Zentralorgan „Journalist“ (Ausgabe 12/2006) eine selbst erfundene Falschmeldung über Brandenburgs Conen veröffentlicht (und nie berichtigt). Dann verurteilte der Presse- rat sie und das Propagandablatt wegen Verstoßes gegen den Presse- kodex. Und dann wollte Kaiser dem Opfer ihrer Falschmeldung gericht- lich durch Einstweilige Verfügung den Mund verbieten lassen.

Conen dazu: „Übereinstimmungen mit den Gepflogenheiten des SED- Regimes sind nicht zufällig. Wer sich dort gegen Lügen und Willkür wandte, landete in Bautzen. Dem trauert die Nachrichtenerfinderin Kaiser wohl nach. Opfer, die sich wehren, sind in Diktaturen tabu.“

Doch das Landgericht Berlin machte dem „Recht auf Lüge“ für Funktio- näre ein rabiaten Ende: Unter Akten- zeichen 32 O 513/09 hatte sich Kai- sers Waterloo schon angekündigt; nun ist es da. Die erschlichene Ver- fügung wurde aufgehoben, der An- trag auf Einstweilige Verfügung bereits aus formalen Gründen zu- rückgewiesen. Kaiser und ihr „Me- dienanwalt“ aus dem „Kalifat Kreuzberg“ haben jeden nur möglichen Fehler auch wirklich gemacht.

Und natürlich muß die „Nachrich- ten-Fälscherin“, die so auch genannt werden darf, die ganze Zeche zahlen. Das ist aber nur Theorie. Was Praxis ist im Journalistenverband, gab Hauptgeschäftsführer Kajo „Der Aal“ Döhring schriftlich. Die Ex- Redakteurin sei das Opfer - und sie sei es für den DJV geworden. Da zahle ihr der Verband „natürlich“ alle Kosten. Man lernt: Funktionäre zahlen - wie Fürstbischöfe und Ma- jipaten - nie selbst.

Mit Zahlmeister DJV im Rücken verspürte die „journalistische Knall- tüte“ (Conen über Kaiser) trotz der eingesteckten Niederlagen so etwas wie juristische Kamikaze-Berufung. Die ließ die reuelose Fälscherin flugs Berufung beim Berliner Kammerge- richt einlegen, wofür es das Akten- zeichen 10 U 73/10 gab. Die Richter vom 10. Zivilsenat versuchten noch, der von Einsicht nicht geplagten Funktionärin die Rücknahme des Rechtsmittels naheulegen; das kome gebührenmäßig etwas günstiger. Für die beim DJV Vollkasko-Versi- cherte war das kein Argument.

Am 9. Dezember 2010 verkündeten die Richter dann: „Die Berufung der Antragstellerin gegen das Urteil des Landgerichts Berlin wird auf ihre Kosten zurückgewiesen.“ Und in der ausführlichen Begründung kann Kai- ser nun nachlesen, daß man sie durchaus eine „vom Presserat ver- urteilte Nachrichtenfälscherin“ nen- nen darf - mit gerichtlichem Segen.



Fälscherin Ulrike Kaiser (links):
Rechtsverachtung mit DJV-Vollkasko

Na und?, mag sich die frustrierte Verliererin gesagt haben - und erhob gleich die schon zwei Mal abge- schmettete Unterlassungsklage - nun in der Hauptsache - aufs Neue. Der Streitwert klettert auf das Vier- fache. Finanzierer Döhring und seine juristischen „Underachiever“ haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, in der Klageschrift überall „Antrag- stellerin“ durch „Klägerin“ zu erset- zen. Nun hoffen sie im Führungs- bunker auf das Wunder, daß das Landgericht einer Klage stattgibt, die es schon einmal abgewiesen hat und die auch in der Berufung beim Kam- mergericht voll gescheitert ist.

Was die von der Querulantin belä- stigten Richter am Tegeler Weg vom Wiederkäuen längst entschiedener Fälle halten, ist auch schon klar: Den ersten Verhandlungstermin setzte die 32. Kammer auf den 12. Januar 2012 fest - elf Monate nach Klageeingang. Ein überlastetes Gericht muß Priori- täten setzen.

Derweil erregt sich die Ex-PR-Re- dakteurin über Feind Conen. Der sei für weitere Unworte verantwortlich, so „einfältige DJV-Funktionäre“, „käuflicher DJV“, „politische Kor- ruption“, „Grüß-Auguste und Früh- stücksdirektoren“ und - schlimm, schlimm - „impotente Maulhelden“. Der Gescholtene ist nicht zerk- nirscht: „Wir sind halt Qualitäts- journalisten und halten uns streng an die Wahrheit. Vielleicht sollte Frau Kaiser das auch einmal versuchen.“

Für den - allerdings ohnehin nicht beschlußfähigen - Verbandstag 2011 kommt der Gerichtstermin so oder so zu spät. Brandenburgs Minhardt ist gespannt, „ob die Minder-Journali- stin trotz ihrer Verurteilung so dreist und so töricht ist, erneut für ein Amt zu kandidieren - da wird es dann wohl hoch hergehen, wenn wir ihr den Spiegel vorhalten.“

Der Brandenburgische Vorsitzende wartet immer noch auf eine Berichti- gung der von der Nachrichtenfäl- scherin Ulrike Kaiser im Dezember 2006 (!) verbreiteten Fake-Meldung im DJV-Zentralorgan „Journalist“. Doch dürfte das vergebens sein: Der „Journalist“ belehrt nur andere über „Qualitätsjournalismus“, praktiziert ihn aber nicht.

Ohne Stadl fehlt etwas!

Die Wahrheit ist die einz'ge Kraft,
die's gegen Lug und Trug wohl schafft.
Wir glauben nichts und prüfen alles,
hau'n drauf im Falle eines Falles.
Drum laßt uns fest zum Stadl halten,
auf daß gute Mächte walten!

**Stadl nicht vergessen,
daheim warten sie darauf!**

KOMMENTAR

Wie lange noch?

von Nathan Finsterling

In manchen Kreisen des vor sich hin taumelnden DJV hört man das Gras wachsen. Dort meint man zu wissen, daß der „dümmste Vorsitzende, den der Verband je hatte“, nun endlich seinen Abgang plant. Wenn das stimmt, hat die standhafte Dauer-Opposition in Brandenburg den „Lenin-Orden“ von den Amateur-Stalinisten des DJV verdient. Denn Brandenburg hätte zwar nicht die Konkens, Geibels oder Heusers gerettet, wohl aber den immer noch größten deutschen Journalisten-Verband.

Erst im Herbst, aber immerhin, wolle der unglückliche SPD-Mindermann auf „Abschiedstournee“ gehen, hört man. Denn er habe begriffen, so die Gerüchte, daß seine wichtigste Geldquelle ver-

siegt sei. Durch die gerichtliche Klage Brandenburgs ist die listig geänderte Satzung auf Jahre blockiert. Und ohne ausdrückliche Ermächtigung in der Satzung, das mußte nun wohl auch Konken einsehen, kann er seine 37.200 Euro Luxus-Alimente in den Wind schreiben, ja er muß sogar die schon erhaltenen Zahlungen zurückgeben - das könnte ihn locker ruinieren, auch ohne eine Verurteilung wegen Untreue.

Eigentlich wollte der „personifizierte Niedergang des DJV“ (Conen über Konken) im Wege der korrupten SPD-Günstlingswirtschaft auf einen fetten Versorgungsposten des Internationalen Journalisten-Verbands umgebettet werden. Doch daraus wird nichts, weil die Verleger, die die Zeche zahlen sollten, längst ausgestiegen sind. Getrieben von Brandenburg und der Justiz muß Konken nun trotzdem gehen - wohin, weiß er selber nicht.

Der Abgang des „Weicheis“, so er denn kommt, wäre nur der erste Akt. Doch wer übernimmt das Erbe aus ideologischer Verbohrtheit, organisierter Verantwor-

tungslosigkeit, mindestens unklaren Finanzen, offener SPD-Parteibuch-Korruption und Niedergang am Markt?

Die Urteilsfeststellung des Langerichts Berlin, nicht nur 300 am Parteibuch-Nasenring geführte „Delegierte“ sollten entscheiden, sondern auch 16.000 direkte Mitglieder, ist eine große Chance: Denn wenn es mit den dann gegebenen ganz neuen Mehrheiten den standhaften Brandenburgischen Dissidenten gelingt, einen neuen unbelasteten Vorsitzenden zu wählen und der übrige Vorstand von den jetzigen trüben Gestalten befreit wird, wäre der Durchbruch in die Zukunft geschafft.

Mit einer neuen DJV-Spitze wäre nicht nur der Funktionärskrieg auf einen Schlag beendet, es begänne auch der Wiederaufstieg des DJV nach der dunkelsten Zeit seiner Geschichte.

Recht statt Stalinismus? „ADAC für Journalisten“ statt Gewerkschaftsmief? Den Versuch wäre es wert. Wer sagt es Conen?

„Der DJV schafft sich ab“

Stadl-Interview mit Brandenburgs Gideon Rosenberg: Gespräche nur bei Gericht

Der Stadl: Im Mai wurde der DJV-interne Krieg sieben Jahre alt. Jetzt steht fest: Es gibt keinen legalen Vorstand. Ist der DJV am Ende?

Rosenberg: Noch nicht sofort, aber es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Denn es ist einfach mit Händen zu greifen, daß immerhin 16.000 natürliche Mitgliedspersonen neben den korporativen Mitgliedern, den Landesverbänden, existieren. Und die haben nun einmal Rechte.

Der Stadl: Der DJV hat bestritten, unmittelbare Mitglieder zu haben.

Rosenberg: Eine Riesen-Dummheit. Da gibt es nichts zu bestreiten und nichts zu diskutieren - das hat das Bundesverfassungsgericht unanfechtbar vor vier Jahren so entschieden. Basta.

Der Stadl: Dennoch hört man vom DJV, im Berufungsverfahren beim Kammergericht werde das „Fehlurteil“ garantiert aufgehoben.

Rosenberg: Das erinnert fatal an die Jahre 2004 und 2005. Damals überboten sich die Großkopferten auch mit „ganz sicheren“ Prognosen, daß

die Urteile zugunsten des DJV-Brandenburg bezüglich des Rauswurfs „vollkommen unhaltbar“ seien und „kassiert“ würden. Man lese Pressemeldungen und Sitzungsprotokolle. Doch sämtliche Berufungen blieben erfolglos. Und das in letzter Not bemühte Bundesverfassungsgericht bestätigte ausdrücklich alle vorherigen Entscheidungen gegen den DJV. Das heißt nicht, daß es wieder so kommen muß. Aber die Parallelen sind unverkennbar. Den Beschluß aus Karlsruhe hält der DJV streng geheim - warum wohl?

Der Stadl: Rechnen Sie im Beru-
fungsverfahren mit Überraschungen?

Rosenberg: Überraschungen, mit denen man rechnet, sind keine. Im übrigen hat der DJV schon so viel und so Abseitiges in erster Instanz vorgetragen, daß Neues wirklich eine Überraschung wäre. Aus einem Tatbestandsberichtigungsantrag, mit dem der DJV sich offenbar das unangenehme Urteil neu schreiben möchte, wissen wir, daß die Konkens-Truppe wohl eine Kehrtwendung vollzogen hat. Nun meint der DJV plötzlich, weil keine unmittelbaren Mitglieder bei der Aufnahme der ostdeutschen Verbände im Jahre 1990 eingeladen waren, seien Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gar keine Mitgliedsvereine. Und deshalb könne Brandenburg nicht klagen.

Der Stadl: Klingt komisch nach 21 Jahren.

Rosenberg: Es ist Unfug. Der Bundesgerichtshof hat schon vor Jahren über die Mitgliedschaft trotz fehlerhafter Aufnahme entschieden. Wir sind und bleiben Mitglied des Dachverbands. Der ist das Problem, nicht wir.

Der Stadl: Eine Verzögerung der verbindlichen Entscheidung bringt die Berufung auf jeden Fall.

Rosenberg: Wir rechnen aufgrund unserer bedauerlicherweise reichen Erfahrung mit einem Jahr. Das ist aber nicht ganz so schlimm wie es zunächst aussieht. Denn schon aufgrund des Landgerichts-Urteils muß das Registergericht Charlottenburg in einem eigenständigen Verfahren prüfen, ob die Eintragungen im Vereinsregister von Amts wegen gelöscht werden müssen. Die Eintragung der für unwirksam erklärten Wahl von 2009 hat das Register schon abgelehnt; auch ohne Urteil wurde die Eintragung der 2010 vorgeblich beschlossenen Satzungsänderung gleichfalls verweigert. Noch offen ist, ob alle Eintragungen seit 2003 gelöscht werden müssen, wie wir das verlangt haben.

Der Stadl: Wäre das das Ende des DJV?

Rosenberg: Jedenfalls verbandspolitisch hätte sich der DJV damit selbst abgeschafft. Rechtlich würde er weiter existieren, mutmaßlich mit einem gerichtlich bestellten Notvorstand. Der müßte eine Wahlversammlung einberufen und einen Vorstand wählen lassen. Wie das organisatorisch ablaufen könnte, steht in den Sternen.

Der Stadl: Wer ist schuld an der Misere? Ohne Brandenburg hätte doch keiner gemerkt, daß es ein existentielles Problem gibt.

Rosenberg: Niemand hat den DJV gezwungen, die unmittelbare Mitgliedschaft Tausender natürlicher Personen in seine Satzung zu schreiben. Das geschah ganz ohne Brandenburg anno 1985. Eine Intelligenzleistung war es sicher nicht.

Der Stadl: Sondern?

Rosenberg: Es war ein sozial-revolutionärer Rausch mit Ideologen wie Geibel im Südwesten. Es war klar, was die Achtundsechziger-Wirrköpfe unter SPD-Kommando - einer sogar mit Stasi- bzw. DKP-Geld - in den Achtzigern wollten: Tausende Journalisten sollten auf Knopfdruck gegen die Regierung Kohl-Genscher mobilisiert werden können - der stalinistische Wahn von der „gewerkschaftlichen Gegenmacht“ ging um. Linke Spinner wollten Straßenterror gegen das Parlament organisieren. Das ist gottlob spätestens 1989 gescheitert, die Satzung ist geblieben.

Der Stadl: Wäre damit das von Kritikern behauptete Ziel Brandenburgs erreicht, den DJV kaputt zu machen?

Rosenberg: Das Ziel des DJV-Brandenburg ist ein ehrlicher und starker DJV, dessen oberster Zweck die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit jedes einzelnen Journalisten gegen jede Machtausübung ist, also insbesondere gegen staatliche Überwachung und Bevormundung und wirtschaftlichen Druck. Wir wollen den DJV in diesem Sinne reformieren, ihn aber eben gerade

nicht abschaffen. Korrupte Partei-buch-Seilschaften und luxuriöse Funktionärsversorgung passen natürlich nicht zu einem Journalistenverband.

Der Stadl: Was muß anders werden im neuen DJV, wenn er denn kommt?

Rosenberg: Die Individualität des einzelnen Journalisten muß gestärkt werden. Die Vorstellung, in „solidarischen“ Kollektiven etwas erreichen zu können, hat sich als naive Illusion gezeigt. Zum Kollektiv gehört der Funktionär. Funktionäre arbeiten für sich, nicht für hehre Ziele. An Konkens oder Döhrings Selbstlosigkeit zu glauben, wäre naiv. Die DJV-Nomenklatura ist genauso moralfrei und geldgierig wie Partei-Bonzen oder Bank-Manager. Der Unterschied zur Deutschen Bank ist die Intelligenz dort und ihr Mangel hier. Auch Ganoven müssen heute etwas in der Birne haben, sonst nützt die ganze Gier nichts.

Der Stadl: Warum wird eigentlich in der gegebenen Lage nicht miteinander geredet statt zu prozessieren?

Rosenberg: Das wissen wir nicht. Unsere Bereitschaft zu Verhandlungen - sei es statt Prozessen, sei es parallel zu ihnen - haben wir stets hervorgehoben. Eine Antwort oder gar ein Angebot des DJV haben wir nicht erhalten. Die schon oft beklagten Doppel-Strukturen gibt es weiter, also „Zwillingssitzungen“ mit allen außer Brandenburg, in denen offen geredet wird, während zum Beispiel in den anschließenden offiziellen Sitzungen des Gesamtvorstands das große Schweigen herrscht. Deshalb bleibt als „Kontaktbörse“ zwischen DJV und DJV-Brandenburg nur der Gerichtssaal. Wenn sich das ändern soll, kann uns der DJV das gerne mitteilen.

Der Stadl: Herr Rosenberg, wir danken für dieses Gespräch.

Mit Gideon Rosenberg sprach Stadl-Redakteur Nathan Finsterling in London

Hausmitteilung

Wir vom Stadl sind wieder da. Wir konnten uns dem Drängen unserer lieben Freunde nicht länger entziehen. Eigentlich waren wir nie weg. Aber das ist eine andere Geschichte.

Der Stadl ist die einzig wahre Mitgliederzeitung des DJV. Wer etwas über das Innenleben der Journalistenorganisation erfahren will, kommt um den Stadl nicht herum. Denn woanders liest man, wenn überhaupt, Durchhalteparolen und Agitprop. Das ist nicht viel anders als frühere Meldungen im „ND“ über die „Sieger der Geschichte“, die von Sieg zu Sieg stürmten - bis zum Exitus.

Der Stadl ist aktuell dabei. Er schreibt, was los ist. Ohne Rücksicht auf eine Parasitenklasse von Apparatschiks, die sich in fetten Pfründen eingerichtet haben. Die kämpfen, aber nur für sich selbst.

Deshalb braucht es den Stadl. Ohne Stadl fehlt etwas. Wer also dem Stadl sagen möchte „Ich hab' dich lieb!“, kennt die Adresse:

info@stadl.biz

Herzlichst,
Ihr Stadl

Der Stadl

Eine freie Stimme der Freien Welt
gegründet 2006 von ***

Der Stadl ist Teil des Kampfes für das Gute und gegen das Böse, welches immer und überall ist.

Der Stadl wird herausgegeben von Bundeshauptamt für das Gesinnungswesen, Abteilung Richtiges Denken, im Auftrag des Wahrheitsministeriums mit freundlicher Unterstützung des Deutschen Journalisten-Verbands, Referat Neusprech und Umerziehung.

Der Stadl wird im Internet, über E-mail-Abo oder über gutsortierte DJV-Shops vertrieben. Ein Anspruch auf Belieferung besteht nicht. Ansonsten sind die Wege des Stadl unerforschlich.

Der Sitz des Stadl ist hinter den sieben Bergen. Näheres ist geheim.

Chefredakteur:
Geheimrat Nathan Finsterling
Assistentin:
Vroni Freudenreich

Wer den Stadl nachmacht oder verfälscht oder einen nachgemachten oder verfälschten Stadt in den Verkehr bringt, wird vom DJV-Ayatollah ausgepeitscht. Im schweren Fall erfolgt Einweisung in den Landesverband Baden-Württemberg. Der Delinquent muß 100 mal in sein Vokabelheft schreiben „Ich darf dem DJV nicht widersprechen“.